

NIEDERSCHRIFT

über die **14.** Sitzung
des Schulausschusses
(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **14.10.2013**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr
Den Vorsitz führte: Stephan Ingenhoven

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Volker Bäumken
2. Frau Irmintrud Berger
3. Herr Andreas Hamacher
4. Herr Werner Moritz

Vertretung für Herrn Gerhard Heyner ab 18:05
Uhr

5. Frau Sabine Prosch
6. Herr Bernd Ramakers
7. Frau Petra Schoppe
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Frau Birgit Burdag
10. Herr Stephan Ingenhoven
11. Frau Joline Macek
12. Herr Reinhard Rehse

Vertretung für Herrn Klaus Krützen

• FDP-Fraktion

13. Herr Walter Boestfleisch

Vertretung für Herrn Michael Riedl

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Erweiterung der Martinusschule in Kaarst um den Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung Vorlage: 40/2770/XV/2013.....	4
3.	Übernahme der Schule am Chorbusch in Dormagen in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/2776/XV/2013	4
4.	Einrichtung eines betriebsintegrierten Arbeitsplatzes an der Schule am Nordpark in Neuss Vorlage: 40/2772/XV/2013.....	6
5.	Ferienbetreuung an der Mosaik-Schule in Grevenbroich-Hemmerden Vorlage: 40/2771/XV/2013	7
6.	Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule-Beruf in NRW Vorlage: 40/2778/XV/2013	7
7.	Förderung einer Bildungsmaßnahme des Berufsförderungszentrums Schlicherum Vorlage: 40/2765/XV/2013	9
8.	Förderung einer Bildungsmaßnahme des Kolping-Bildungswerks Vorlage: 40/2779/XV/2013	9
9.	Änderung von Bildungsgängen an den Berufsbildungszentren Grevenbroich und Dormagen Vorlage: 40/2767/XV/2013	10
10.	Bundesfreiwilligendienst am Berufsbildungszentrum Dormagen Vorlage: 40/2777/XV/2013	11
11.	Zukunft durch Innovation (zdi): Kooperationsprojekt mit dem RWE und den Stadtwerken Neuss Vorlage: 40/2780/XV/2013.....	11
12.	Migrantenstipendium Vorlage: 40/2784/XV/2013.....	11
13.	Mitteilungen	12
14.	Anfragen	12

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ingenhoven, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Verwaltung. Gegen die Feststellung von Herrn Ingenhoven, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei, erhob sich kein Widerspruch.

2. Erweiterung der Martinusschule in Kaarst um den Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung

Vorlage: 40/2770/XV/2013

Protokoll:

Herr Lonnes wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt wegen der Dringlichkeit bereits am 18.09.2013 im Kreistag beraten worden sei. Die Vorlage für den Schulausschuss diene dazu, auch die sachkundigen Bürger zu informieren.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

3. Übernahme der Schule am Chorbusch in Dormagen in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss

Vorlage: 40/2776/XV/2013

Protokoll:

Frau Fbrack beantragte, dass über die drei Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abgestimmt wird. Dies fand allgemeine Zustimmung.

Frau Berger merkte an, dass der Schulausschuss der Stadt Grevenbroich der Auflösung der Martin-Luther-King-Schule und dem Trägerwechsel für die Schule am Chorbusch bereits mit großer Mehrheit zugestimmt habe. Nun stehe noch der Ratsbeschluss aus.

Herr Rehse und Frau Burdag äußerten Bedenken, ob die Erweiterung der Schule am Chorbusch um den Schwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung in integrativer Form sinnvoll sei, da Kinder und Jugendliche mit diesem Förderbedarf schwer zu unterrichten seien und die Schwerpunkte Lernen bzw. Emotionale und soziale Entwicklung bisher bewusst getrennt wurden.

Herr Lonnes erinnerte daran, dass der Kreistag bereits im Dezember 2012 grundsätzlich seine Bereitschaft erklärt habe, die Schule am Chorbusch in seine Trägerschaft zu übernehmen und dass Förderschwerpunkte sowohl das Lernen als auch die Emotionale und soziale Entwicklung sein sollen. Die Schule am Chorbusch solle ein Förderzentrum Süd für alle Schülerinnen und Schüler mit diesem Förderbedarf werden, die nicht in integrativen Lerngruppen unterrichtet werden. Die Martinusschule in Kaarst solle zu

einem Förderzentrum Nord ausgebaut werden. Die Schulkonferenz habe der Erweiterung um den Schwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung bereits zugestimmt. Die Förderzentren sollen Kinder und Jugendliche bei temporärem Bedarf vorübergehend aufnehmen mit dem Ziel, sie wieder in die Regelschulen zu integrieren. Die Bezirksregierung Düsseldorf habe in einer Schulträgerberatung deutlich gemacht, dass sie die Bildung von Förderzentren für sinnvoll halte.

Herr Lonnes teilte mit, dass die Martinusschule gegenüber der Prognose zu Beginn des Schuljahres Schüler hinzugewonnen habe, auch aus Neuss. Im Übrigen habe die Martinusschule eine Ausnahmegenehmigung bis zum Ende des Schuljahres 2014/2015. Er wies allerdings darauf hin, dass auch die Bildung von Förderzentren keine Garantie dafür biete, dass die vorgesehene Mindestschülerzahl dauerhaft erreicht werde. Der Rhein-Kreis Neuss werde sich aber nach Kräften für die Bildung eines Förderzentrums Süd einsetzen. Ziel sei es, auch Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf, eine erfolgreiche Schullaufbahn an einem eigenständigen Förderort nach Wahl zu ermöglichen.

Herr Demmer erklärte, dass die UN-Behindertenrechtskonvention kein Wahlrecht der Eltern vorsehe, sondern nur ein Recht auf Inklusion. Der Fortbestand der Förderschulen hänge vom Erreichen der Mindestschülerzahlen ab. Es gehe nicht um den organisatorischen Erhalt der Förderschulen, sondern um die Fortführung einer bedarfsgerechten Förderung. Seine Fraktion beantrage daher, Ziffer 1 des Beschlussvorschlages durch Ergänzung eines Halbsatzes wie folgt zu fassen:

„Der Kreistag begrüßt die kommunale Zusammenarbeit mit den Städten Dormagen und Grevenbroich zum Erhalt des Förderschulangebotes auf Kreisebene als **Zwischenschritt auf dem Weg zur vollständigen Inklusion**“ (ergänzter Halbsatz fett).

Herr Lonnes entgegnete, dass Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention dem Gesetzgeber, also dem Landtag von NRW ein gesetzgeberisches Ermessen einräume, ob im Land ein Förderschulangebot vorgehalten werden soll. Allerdings habe jeder Schüler mit Behinderung das Recht, eine allgemeinbildende Schule zu besuchen. Für die Abschaffung der Förderschulen gebe es seiner Einschätzung nach derzeit keine Mehrheit im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Zur Frage der Mindestgrößenverordnung wies Herr Lonnes darauf hin, dass in einem demokratischen Rechtsstaat alle wesentlichen Entscheidungen vom Parlament in einem Gesetz zu regeln sind. Wenn die Landesregierung die Mindestgrößenverordnung zu einem Instrument machen möchte, um das Förderschulwesen insgesamt abzuschaffen, sehe er darin einen Verstoß gegen das Verfassungsgebot des Vorbehaltes des Gesetzes.

Frau Florack sprach sich dafür aus, die hervorragend arbeitenden Förderschulen zu erhalten. Frau Burdag erklärte, sie unterstütze den Antrag von Herrn Demmer nicht. Es kämen nicht alle Kinder für das Regelschulsystem in Frage, so dass Förderschulen weiterhin gebraucht würden. Herr Hamacher stimmte Frau Burdag zu und plädierte für Inklusion mit Augenmaß.

Herr Demmer hielt an seinem Antrag fest und wies darauf hin, dass andere Länder bereits weiter seien auf dem Weg zur Inklusion. Das gravierende Problem der Förderschulen sei, dass sie den Schülerinnen und Schülern keine Anschlussperspektive vermitteln.

Herr Lonnes erinnerte demgegenüber daran, dass Deutschland früher als andere Länder mit der Förderung behinderter Kinder begonnen habe. Bereits in den 1960er Jahren seien die Schulpflicht für behinderte Kinder eingeführt und die Grundlagen für ein ausdifferenziertes Förderschulwesen gelegt worden, das Seinesgleichen suche. Der Rhein-Kreis Neuss setze sich auch für ein Förderschulangebot im Bereich Lernen ein. Die Förderschulen mit diesem Schwerpunkt seien durchaus auch erfolgreich beim Übergang Schule/Beruf.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die kommunale Zusammenarbeit als „Zwischenschritt auf dem Weg zur vollständigen Inklusion“ zu begrüßen, wurde bei 2 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend wurde – wie von Frau Florack beantragt – getrennt über die drei Punkte des Beschlussvorschlages abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Kreistag begrüßt die kommunale Zusammenarbeit mit den Städten Dormagen und Grevenbroich zum Erhalt des Förderschulangebotes für Lernen auf Kreisebene.

(einstimmig bei 8 Enthaltungen)

2. Der Landrat wird beauftragt, mit den Städten Dormagen und Grevenbroich die beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übernahme der Schule am Chorbusch in Dormagen (Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen und Sprache) in die Trägerschaft des Rhein-Kreises Neuss abzuschließen.

(einstimmig bei 3 Enthaltungen)

3. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens und der inhaltlichen Gestaltung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes NRW und der hierauf beruhenden Verordnung bzw. Regelung über die Schulgrößen der Förderschulen und der Schulen für Kranke.

(einstimmig bei 3 Enthaltungen)

4. Einrichtung eines betriebsintegrierten Arbeitsplatzes an der Schule am Nordpark in Neuss Vorlage: 40/2772/XV/2013

Protokoll:

Herr Lonnes kündigte an, dass der Rhein-Kreis Neuss sein Engagement für die Ausbil-

derung und Beschäftigung behinderter Menschen fortführen werde. Er hoffe, dass zum Schuljahr 2014/2015 am BBZ Neuss-Hammfeld die beantragte sonderpädagogische Förderklasse errichtet werden könne, die von der Bezirksregierung Düsseldorf zunächst zurückgestellt worden sei.

Der Beschlussvorschlag wurde von allen Fraktionen begrüßt. Auf Anfrage von Frau Macek und Herrn Rehse erklärte Herr Lonnes, es sei vorgesehen, auch am BBZ Neuss-Weingartstraße einen betriebsintegrierten Arbeitsplatz einzurichten.

Frau Florack regte an, zu gegebener Zeit über die Erfahrungen mit den betriebsintegrierten Arbeitsplätzen zu berichten und auch in der Wirtschaft für die Einrichtung solcher Arbeitsplätze zu werben.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und befürwortet – vorbehaltlich der Haushaltsberatungen im Finanzausschuss – die Errichtung eines betriebsintegrierten Arbeitsplatzes an der Schule am Nordpark.

**5. Ferienbetreuung an der Mosaik-Schule in Grevenbroich-Hemmerden
Vorlage: 40/2771/XV/2013**

Protokoll:

Herr Lonnes erklärte, dass aus Sicht der Verwaltung an der Mosaik-Schule auch nach dem Rückzug der Lebenshilfe Rhein-Kreis Neuss ein Angebot zur Ferienbetreuung fortgeführt werden sollte. Die Verwaltung schlage vor, hierfür 10.000 € in den Haushalt 2014 einzustellen. Dies entspreche der Mittelanforderung für die Ferienbetreuung an der Sebastianus-Schule. Damit könnten fünf Wochen Ferienbetreuung angeboten werden (drei Wochen in den Sommerferien, je eine Woche in den Oster- und in den Herbstferien). Ein Träger habe seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die Ferienbetreuung durchzuführen. Die bisher von der Lebenshilfe an der Mosaik-Schule angebotene Nachmittagsbetreuung an zwei Nachmittagen in der Woche solle künftig im Rahmen der Eingliederungshilfe organisiert werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**6. Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule-Beruf in NRW
Vorlage: 40/2778/XV/2013**

Protokoll:

Herr Lonnes führte in das Thema ein und fasste die wesentlichen Punkte des vorgelegten Entwurfs sowie den Verfahrensablauf zusammen. Er gab an, es sei beabsichtigt, zum 01.08.2014 mit der kommunalen Koordinierung im Rhein-Kreis Neuss zu beginnen. Er wies darauf hin, dass es sich um eine Initiative des Landes Nordrhein-

Westfalen handele, die im Land konsequent umgesetzt werden solle. Wesentlicher Bestandteil der Initiative sei eine Potenzialanalyse für alle Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahr sowie eine darauffolgende Berufsfelderkundung und ein Praktikum im 9. Schuljahr. Ziel dieser Standardelemente sei es, die Ausbildungsreife aller Schülerinnen und Schüler zu erzielen. Der Rhein-Kreis Neuss beabsichtige, die Potenzialanalyse nach Schulformen zu differenzieren. Bewährte Strukturen sollten durch die kommunale Koordinierung nicht aufgebrochen werden.

Vorstellbar sei z. B. die Einführung eines ähnlichen Instrumentes wie das des „Berufswahlpasses“, in dem Schülerinnen und Schüler Punkte sammeln könnten, um nachzuweisen, dass alle vorgeschriebenen Elemente absolviert wurden. Denkbar sei auch eine computerunterstützte Praktikumsbörse mit deren Hilfe Schülerinnen und Schüler unabhängig von der Unterstützung durch ihre Eltern einen Praktikumsplatz finden könnten. Die heutige Vorlage stelle einen Zwischenstand dar, im Februar müsse das Thema vor den Haushaltsberatungen erneut und mit einem endgültigen Konzept aufgegriffen werden.

Frau Schöttgen fragte nach den Kapazitäten des Schulpsychologischen Dienstes, um die Potenzialanalyse zu begleiten. Frau Wienands sagte, ihr stelle sich die Frage, was vom Ausbildungskonsens des Landes Nordrhein-Westfalen denn nunmehr übrig bleibe. Um Synergieeffekte zu erzielen, sei es ihrer Ansicht nach notwendig, die Arbeitsagentur sehr früh und die Betriebe stark einzubinden. Es bestehe Einigkeit über das Ziel, allen ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen eine verbindliche Ausbildungsperspektive zu geben; trotzdem sei es notwendig, die haushaltspolitischen Folgen im Blick zu haben und Verbesserungen zu prüfen.

Herr Demmer erläuterte, er sei erstaunt, wie viele Maßnahmen im Rhein-Kreis Neuss nebeneinander herliefen. Frau Burdag fragte, wo der Unterschied zu den Initiativen liege, die es bereits gebe, wie eine Bündlung erfolge und wie die Schulen unterstützt würden.

Herr Lonnes beantwortete die Fragen dahingehend, dass im neuen Konzept eine Potenzialanalyse für alle Schülerinnen und Schüler vorgesehen sei, während heute einige Schulen diese durchführten und andere nicht. Insgesamt gehe es dabei um ca. 5.700 Schülerinnen und Schüler, die nicht alle vom Schulpsychologischen Dienst betreut werden könnten, deshalb sei es notwendig, Bildungsträger einzubeziehen. Auch wies er darauf hin, dass möglicherweise Schülerinnen und Schüler an den Gesamtschulen und Gymnasien eine andere Potentialanalyse und eine andere Berufsfelderkundung benötigen als Schülerinnen und Schüler in anderen Schulformen. Es sei allerdings durchaus möglich, auch in diesem Alter bestimmte Kompetenzen zu ermitteln. Hier müsse die genaue Herangehensweise noch geklärt werden. Bezug nehmend auf die Berufsfelderkundung führte er aus, dass für die eintägige Berufsfelderkundung auf bisherige Angebote wie Wirtschaft pro Schule, den Boys- und Girls-Day zurückgegriffen werden könne. Auch derzeit werde vielfach das Praktikum im 9. Schuljahr bereits absolviert, wobei sich die Herangehensweise in den Schulen stark unterscheide. Einige Schulen setzten auf Eigeninitiative der Schülerinnen und Schüler, andere stellten bestimmte Angebote zur Verfügung. Mit der Praktikumsbörse wolle der Kreis auch diejenigen Schülerinnen und Schüler unterstützen, die eine entsprechende Unterstützung in ihrem Umfeld, z. B. von den Eltern, nicht bekämen. In dieser Börse sollten auch Tätigkeiten im sozialen Bereich für Jungen - wie im SPD-Antrag gefordert - und technische Berufe für Mädchen aufgenommen werden. Das vorgesehene Personal für die kommunale Koordinierung sei knapp bemessen, aber es würden auch noch Vergleiche mit anderen Kommunen angestellt.

Herr Lonnes bat Herrn Friedhoff, sich als neuen Schulrat vorzustellen und Ergänzungen zum Thema aus den Städten Wuppertal und Solingen vorzutragen, in denen er bisher tätig war.

Herr Friedhoff führte aus, dass er als neuer Schulaufsichtsbeamter beim Schulamt zuständig sei für die Hauptschulen und zurzeit auch vertretungsweise die schulaufsichtlichen Tätigkeiten für die Förderschulen wahrnehme. Er gab an, dass er Erfahrungen in der kommunalen Koordinierung habe und die wichtigen Punkte bereits genannt seien. Es handele sich um ein ambitioniertes Projekt, in dem der Kreis auf die Erfahrungen anderer zurück greifen könne. Nach seiner Ansicht gebe es auch eine Zielgruppe an den Gymnasien, da viele Gymnasiasten ihrem Studium eine Ausbildung vorschalteten. Er beabsichtige, den Beirat Schule und Beruf im Rhein-Kreis Neuss neu zu beleben und diesen in die Steuerung der kommunalen Koordinierung mit einzubringen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Förderung einer Bildungsmaßnahme des Berufsförderungszentrums Schlicherum

Vorlage: 40/2765/XV/2013

Protokoll:

Herr Ramakers erklärte, dass er wegen möglicher Befangenheit an Beratung und Beschluss zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilnehmen werde.

Herr Lonnes beantwortete Fragen von Herrn Demmer zu den Anträgen des Berufsförderungszentrums Schlicherum und des Kolping-Bildungswerkes (TOP 8).

Anschließend fasste der Schulausschuss einstimmig den folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt den Landrat, die vorgeschlagene Bildungsmaßnahme des Berufsförderungszentrums Schlicherum mit bis zu 10.000 € zu fördern.

8. Förderung einer Bildungsmaßnahme des Kolping-Bildungswerks

Vorlage: 40/2779/XV/2013

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen. Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt den Landrat, die vorgeschlagene Bildungsmaßnahme mit bis zu 10.000 € zu fördern.

**9. Änderung von Bildungsgängen an den Berufsbildungszentren Grevenbroich und Dormagen
Vorlage: 40/2767/XV/2013****Protokoll:**

Herr Lonnes teilte mit, dass es gegenüber dem Beschlussvorschlag zwei Änderungen gebe:

- Die Erhöhung der Zügigkeit an der Fachschule für Sozialpädagogik am BBZ Grevenbroich habe die Bezirksregierung bereits genehmigt.
- Die Bezirksregierung Düsseldorf habe signalisiert, dass die beantragte gemeinsame Beschulung von Fachkräften für Metalltechnik mit anderen Ausbildungsberufen keine Aussicht auf Genehmigung habe. Eine gemeinsame Beschulung könne nur bei bereits vorhandenen Bildungsgängen genehmigt werden. Ein dualer Bildungsgang „Fachkraft für Metalltechnik“ sei bisher nicht errichtet worden.

Herr Demmer regte an, in der Februar-Sitzung des Schulausschusses die Entwicklungsperspektiven der Berufskollegs vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen zu beraten. Herr Lonnes wies darauf hin, dass die Verwaltung regelmäßig in der Mai-Sitzung des Schulausschusses die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Berufskollegs vorlege, weil dann die aktuellen Schüler- und Prognosezahlen ausgewertet seien. Bei den Vollzeitbildungsgängen seien nach den bisher vorliegenden Zahlen für das Schuljahr 2013/2014 Zuwächse zu erwarten. Dabei handele es sich wahrscheinlich um einen Einmaleffekt des doppelten Abiturjahrgangs. Für die dualen Bildungsgänge lägen noch keine Zahlen vor.

Der folgende Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, dass

1. das Berufsbildungszentrum Grevenbroich ab dem Schuljahr 2013/2014 die Auszubildenden für die Berufe Bäcker/in und Fachverkäufer/in im Lebensmittelhandwerk in gemeinsamen Fachklassen unterrichten kann,
2. das Berufsbildungszentrum Grevenbroich ab dem Schuljahr 2013/2014 die gemeinsamen Fachklassen für Industriemechaniker/innen und Maschinen- und Anlagenführer/innen zweizügig führen kann
3. ab dem Schuljahr 2013/2014 die Fachklassen für den Ausbildungsberuf Chemi-

kant/in am Berufsbildungszentrum Dormagen zweizügig geführt werden.

**10. Bundesfreiwilligendienst am Berufsbildungszentrum Dormagen
Vorlage: 40/2777/XV/2013**

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen. Der Schulausschuss fasste einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und befürwortet – vorbehaltlich der Haushaltsberatungen im Finanzausschuss – die Einrichtung der BFD-Stelle am BBZ Dormagen.

**11. Zukunft durch Innovation (zdi): Kooperationsprojekt mit dem RWE und den Stadtwerken Neuss
Vorlage: 40/2780/XV/2013**

Protokoll:

Frau Stirken stellte das Kooperationsprojekt vor, in dem das Thema Energiewende nicht nur unter technischen Aspekten untersucht werde. Das Projekt, an dem sich 13 Schulen mit insgesamt 18 Projektthemen beteiligen, werde von der Bezirksregierung Düsseldorf befürwortet und unterstützt. Die Liste der Projektthemen ist als **Anlage** beigefügt.

Herr Boestfleisch regte an, bei der Auseinandersetzung mit der Energiewende auch die Energiegewinnung aus Wasserstoff zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**12. Migrantienstipendium
Vorlage: 40/2784/XV/2013**

Protokoll:

Herr Lonnes erläuterte, dass mit der Umstellung vom NRW-Stipendium auf das Deutschland-Stipendienprogramm eine Fortführung der bisherigen Praxis im Rhein-Kreis Neuss mit der Jury-Sitzung und der Einreichung von Vorschlägen bei der kooperierenden Hochschule nicht fortgesetzt werden könne. Der Rhein-Kreis Neuss bereite

daher in Absprache mit den Hochschulen ein neues Vergabekonzept vor.

Der Schulausschuss fasste einstimmig den folgenden Beschluss.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, auf Grundlage der geänderten Bedingungen ein neues Vergabekonzept für das Migrantenstipendium zu erarbeiten.

13. Mitteilungen

Protokoll:

Es gab keine Mitteilungen.

14. Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Anfragen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Stephan Ingenhoven um 18:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Stephan Ingenhoven
Vorsitz

Karl-Heinz Isenbeck
Schriftführung